Ä6 NO JUSTICE, NO PEACE

Antragsteller*in: Sara Nanni

## Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 4 bis 8:
engeren Sinne der Abwesenheit kriegerischer Gewalt als auch im weiteren Sinne einer friedvollen, wohlgeordneten Kooperation der Menschen. ~~Die fortdauernde krasse Ungerechtigkeit der Weltordnung trägt in vielerlei Hinsicht zu Krieg und Gewalt bei. Sie ist in erster Linie lebensbedrohlich für die Machtlosen; sie ist aber auch eine Hauptursache der Unsicherheit der Mächtigen.~~Die internationale Ordnung ist sowohl politisch als auch wirtschaftlich von Ungerechtigkeiten geprägt. Dies führt zu einer verminderten Kooperationsbereitschaft der Staaten. Entwicklung und Frieden werden so verhindert, Krieg und Gewalt befeuert.

Von Zeile 21 bis 24:
Rechnung; im Gegenteil sind die bestehenden Institutionen darauf ausgelegt, die ~~bestehenden~~gewachsenen wirtschaftlichen Ungleichheiten zu perpetuieren. Hier sind wesentlich ambitioniertere Reformanstrengungen erforderlich.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 26 bis 30:
neuer Anlauf gemacht werden, um entwicklungshemmende Handelsbarrieren und marktverzerrende Subventionen abzubauen.Die Freihandelsabkommen CETA und ~~den todbringenden Protektionismus~~TTIP stehen hier in der ~~Mächtigen zu beenden~~Kontinuität dieser globalen Handelspolitik, die wenige Gewinner*innen und viele Verlierer*innen kennt. Die aktuelle Handelspolitik ist aber nicht nur wirtschaftlich unfair, sie begünstigt auch Kriegs- und Gewaltökonomien und wird entsprechend für viele Menschen ganz konkret zur Gefahr für Leib und Leben.

Die Zusammensetzung des ~~VN-~~Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und insbesondere die Privilegierung einzelner Staaten durch ein Vetorecht spiegelt die Machtkonstellationen zur

Von Zeile 32 bis 40:
Zeit gefallen. Eine Reform wird nicht einfach sein, doch sie muss immer wieder angemahnt werden. Der ~~Missbrauch des Vetos für die Partikularinteressen der ständigen~~missbräuchliche Umgang mit dem eigen Vetorecht durch ständige Mitglieder kann nicht juristisch verhindert, aber er muss politisch delegitimiert werden~~. Auf jeden Missbrauch des Vetos sollte eine breit unterstützte Resolution der Generalversammlung folgen, die den Missbrauch ächtet~~. Deutschland und die EU sollten Reformbestrebungen ~~unterstützen; ein~~unterstützen. Ein Ansatzpunkt dafür ist die französische Initiative für einen freiwilligen Verzicht auf das Veto bei schweren Gräueltaten. Auf keinen Fall darf Deutschland eine Reform der Vereinten Nationen durch Ambitionen auf einen eigenen ständigen Sitz erschweren.

Von Zeile 44 bis 46:
missliebiger Staaten werden verurteilt und sanktioniert, während ebenso schwere Verbrechen von ~~„Verbündeten“~~sogenannten 'Verbündeten' häufig stillschweigend toleriert, politisch gedeckt oder gar durch Überflugrechte, Basennutzung und Waffenlieferungen überhaupt erst

Von Zeile 48 bis 51 einfügen:
Völkerrechts, das deshalb in weiten Teilen der Welt als Recht der Stärkeren wahrgenommen wird.Unser Ziel muss aber die Stärkung des Rechts sein, ohne die eine friedliche Entwicklung der Welt kaum möglich ist.

Ein Fall massiven Rechtsbruchs auf internationaler Ebene, der uns auch als Europäer*innen besonders betrifft, ist die mittlerweile von fast allen Seiten als illegaler und illegitimer Krieg anerkannte Intervention im Irak 2003.Nachdem der britische Chilcot-Bericht noch einmal umfassend und eindringlich die Verantwortungslosigkeit des Angriffs auf den Irak deutlich gemacht hat und

Von Zeile 58 bis 61:
Legalität des Krieges einholt und der Internationale Strafgerichtshof seine Zuständigkeit für im Rahmen des Krieges verübte Verbrechen ausübt.Eine juritische Aufarbeitung ist das mindeste, was nun passieren muss. Der Krieg 2003 steht am Anfang einer Entwicklung im Nahen Osten, die einem Flächenbrand gleicht.

~~Mit Palästina~~Juristisch haben sich in diesem Jahr dazu neue Wege aufgetan. Denn mit den Palästinensischen Autonomiegebieten hat am 27. Juni 2016 der dreißigste Staat die Änderung des Römischen Statuts zur Erweiterung der Zuständigkeit des Internationalen

Von Zeile 68 bis 69 einfügen:
Entscheidungsträger*innen auf internationaler Ebene für Angriffskriege zur Rechenschaft gezogen werden. Dies würde internationales Recht stärken und zu einem friedlichen Zusammenleben weltweit beitragen.

## Begründung

Bei manchen Stellen war mir die Sprache zu heftig/wenig differenziert. Die Zuspitzung hier und da lenkt eher von den Inhalten ab. Da hab ich dann ein bisschen ausgeholt um das gleiche zu sagen nur weniger hart.
Der Generalversammlungs-Vorschlag ergibt sich aus den Ideen, die Olaf dazu noch an mich herangetragen hat. Wir müssen schauen, ob meine Umformulierung zum Missbrauch Olaf ausreicht. Ansonsten habe ich noch ein bisschen Brücken geschrieben zwischen den Teilen.

Das einzige Inhaltliche ist noch, dass ich statt Palästina gerne Palästinensische Autonomiegebiete schreiben würde. Das ist der offizielle Begriff bei der UNO. Ich würde den letzten Abschnitt eigentlich auch ganz weglassen, weil der sehr technokratisch ist. Auf der anderen Seite ist das ja ein konkreter Ansatzpunkt für unser Anliegen. Ich bin hin und hergerissen.